



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Familie Europa in der Schweiz

Dr. Michael Reiterer
Botschafter

Swiss International Club Lucerne
Luzern, 17. Februar 2011

Check Against Delivery
Seul le texte prononcé fait foi
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Schweizerbürgerinnen und -bürger, Zentralschweizer, Urschweizer, Unionsbürger, Drittstaatenangehörige, Doppelbürger, Mehrfachbürger, Weltbürger ... liebe Mitmenschen!

Lassen Sie mich beginnen mit einer kleinen Geschichte, welche eine Gruppe von Berner Gymnasiasten kürzlich im Rahmen einer Projektwoche über die EU verfasst und auf ihrer [Website](#) publiziert hat. Es ist die Geschichte von "Familie Europa":

Familie Europa

Herr und Frau Europa leben und arbeiten in Bern. Sie sind Eltern von zwei erwachsenen Kindern. Die Familienmitglieder sind schweizerisch-deutsche Doppelbürger. Tochter Europa lebt seit zwei Jahren in Deutschland, Sohn Europa studiert an der ETH Zürich Agrarwissenschaften. Dank Austauschprogrammen an seiner Universität hat Sohn Europa die Möglichkeit, im Ausland weiterzustudieren. Dies ist möglich dank der Teilnahme der Schweiz an den EU-Bildungsprogrammen. Sohn Europa entscheidet sich für die Universität in Uppsala, Schweden.

Vater David Europa ist Besitzer eines kleinen Unternehmens, das sich auf den Import und Verkauf von Kohlköpfen spezialisiert hat. Er beschäftigt 10 Mitarbeiter und importiert seine Kohlköpfe aus Polen. Mutter Sara Europa ist Ärztin. Sie hat ein Stellenangebot aus einem Spital in Bukarest erhalten.

Für Sara ist es kein Problem, ihre Stelle als Ärztin in Bukarest anzutreten. Dank der Personenfreizügigkeit darf sie in Rumänien arbeiten und wohnen. Vater David und sein Unternehmen haben mit grösseren Schwierigkeiten zu kämpfen. Da das Unternehmen nicht inländische Kohlköpfe verkauft, sondern ausschliesslich hochwertige polnische Gourmet-Kohlköpfe, muss es hohe Importzölle zahlen – denn die Schweiz ist dem Binnenmarkt für landwirtschaftliche Produkte noch nicht angeschlossen.

Mit dem neuen Stellenangebot von Sara stellt sich für das Ehepaar Europa ohnehin die Frage, ganz nach Bukarest zu ziehen. David entscheidet sich, sein Unternehmen im wirtschaftlich aufstrebenden Rumänien neu aufzubauen und neue Leute einzustellen. Er kann seine Geschäftskontakte weiter nutzen, muss aber die hohen Importzölle nicht mehr bezahlen.

Die Familie ist jetzt über ganz Europa verteilt. Die Personenfreizügigkeit sichert jedem Familienmitglied eine freie Wahl des Arbeits- und Ausbildungsortes, und Schengen ermöglicht ein müheloses Reisen, so dass die Familie gut in Kontakt bleiben kann.

Mit simplen Beispielen und einfachen Worten bringen die Berner Gymnasiasten die wichtigsten Errungenschaften der EU auf den Punkt: der Freiheitsgewinn für Menschen und Unternehmen, die grenzüberschreitenden Entfaltungsmöglichkeiten, die Wiedervereinigung zwischen West-, Mittel- und Osteuropa in einem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Demokratie und des Wohlstandes – Dinge, die vor 60 Jahren zu Beginn der [europäischen Integrationsprozesses](#) angedacht und eingeleitet wurden, aber noch vor 10 Jahren keineswegs überall Realität waren – das vergisst man gerne und schnell.

Familie Europa ist überall, auch hier in der Zentralschweiz. Die meisten von Ihnen sind Teil davon. Die Schweiz ist nämlich dank des Abkommens über die Personenfreizügigkeit und der Assoziierung an [Schengen](#) Teil dieses weltweit einzigartigen offenen und freien europäischen Raumes.

Die Schweiz war schon immer fest im europäischen Kulturraum integriert, nicht zuletzt durch ihre Sprachen. Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, in denen die Landessprachen Deutsch, Französisch, Italienisch nicht Faktoren der Abgrenzung gegenüber den Nachbarn darstellen, sondern im Gegenteil ein Element der Öffnung, des Zuganges zum gemeinsamen Kulturerbe. Die Schweiz war darüber hinaus stets wirtschaftlich und sozial mit ihren europäischen Nachbarn und mit der weiteren Welt eng vernetzt. Man denke an die deutschen Professoren, welche vor 157 Jahren die Universität Zürich gründeten, an Unternehmen wie Nestlé, Maggi, Swatch, die von Einwanderern aufgebaut und sich dann zu Ikonen der "Swissness" entwickelten. Ähnliches gilt umgekehrt: Die Schweiz war selbst lange ein Auswanderungsland. Waren es früher Söldner, hat sie auch Persönlichkeiten wie Louis Chevrolet hervorgebracht, der in Amerika das gleichnamige legendäre Automobil-Unternehmen gründete. Auch Albert Einstein emigrierte in die USA. Und ich erinnere daran, dass heute die grösste europäische Bank, die Deutsche Bank, von einem Schweizer geführt wird – und die grösste Schweizer Bank, die UBS, von einem Deutschen...

Die Anekdote von "Familie Europa" zeigt auch, dass der europäische Integrationsprozess kein rein wirtschaftliches Projekt ist, es endet nicht bei der Freiheit der Wirtschaftsakteure - Unternehmen, Arbeitnehmer und Selbstständige - sondern es durchdringt viele Lebensbereiche. Beispiel Jugend und Bildung: Die heutige Jugend denkt und lebt transnational. Vom Urlaub her kennt man andere Länder und interessiert sich für fremde Sprachen.

Man verliebt sich grenzüberschreitend – denn Liebe kennt bekanntlich keine Grenzen... In den vergangenen 40 Jahren hat sich die [Zahl gemischt-nationaler Ehen mit Schweizer Partnern](#) mehr als verdoppelt und erreichte 2007 einen Anteil von über einem Drittel der Heiraten. Favorisiert werden deutsche Frauen und italienische Männer...

Und wenn die Berufsausbildung oder das Studium ein Thema werden, wird das nationalstaatliche Korsett definitiv zu eng. Ein Auslandstudium, die Teilnahme an einem Schüleraustauschprogramm, die berufliche Fortbildung in einem anderen Land sind heute ein "MUST". Sie erhöhen nachweislich die Chancen von jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt.

Und fast noch wichtiger: Erfahrungen im Ausland erweitern Horizonte, sie fördern interkulturelle Kompetenzen, vernetztes Denken, Toleranz, Risikobereitschaft. Sie sind ein wichtiger Faktor der persönlichen Selbstverwirklichung aber auch der Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.

Ich freue mich deshalb besonders, dass die Schweiz seit Anfang dieses Jahres volles Mitglied der EU-Programme "[Lebenslanges Lernen](#)" und "Jugend in Aktion" geworden ist. Darunter verbergen sich Stichworte wie [Erasmus](#) (Hochschulbildung), [Comenius](#) (Europa im Klassenzimmer), [Leonardo](#) da Vinci (berufliche Bildung), [Grundtvig](#) (Erwachsenenbildung) und andere Programme der Union, die zum Ziel haben, das lebenslange Lernen zu fördern und vor allem grenzüberschreitend zu gestalten. Und damit die Stellung Europas als hochentwickelte Wissensgesellschaft im weltweiten Wettbewerb zu behaupten und auszubauen.

Es sind strategische Programme der EU, das sieht man auch an den Budgets: Mehr als 7 Mrd. Euro für den Zeitraum 2007-2013 fliessen in die Austauschprogramme Bildung und Jugend in Form von Zuschüssen an die Lernenden und die Lehreinrichtungen, welche sich an den

Austauschprogrammen beteiligen. Drei Millionen Schüler und drei Millionen Studenten werden davon in diesen sieben Jahren profitieren. Das sind Dimensionen, die in Gesellschaft und Politik Spuren hinterlassen. Man spricht im Zusammenhang mit den früheren Programmen bereits von der "Erasmus-Generation". Das ist jene Generation von heutigen Jungabsolventen und jungen hochqualifizierten Berufstätigen, die erstmals eine echte transnationale europäische Ausbildung und eine europäische Sozialisation genossen haben. A propos Sozialisation: Manche von ihnen haben vielleicht den Film "[L'auberge espagnole](#)" gesehen, eine heitere Komödie über das Leben im europäischen Studentenmilieu von Barcelona. Die "Erasmus-Generation" wird die produktiven Schichten und die politischen Eliten von morgen bilden. Und junge Schweizer aller sozialen Schichten werden dabei sein – die [CH-Stiftung](#) in Solothurn fungiert als schweizerische Nationale Agentur und setzt die genannten EU-Programme in der Schweiz um.

Ich erinnere daran, dass die Programme Bildung und Jugend wiederum nicht losgelöst sind von den anderen bereits angesprochen Unionspolitiken. Ein Auslandsstudium oder auch schon nur ein Auslandssemester dauert mehr als die drei Monate, welche durch ein Touristenvisum abgedeckt sind. Und auch Studierende brauchen [Sozialversicherungen](#), bereits absolvierte [Ausbildungen müssen anerkannt werden](#), sie arbeiten vielleicht nebenbei, oder finden am Studienort eine erste [Anstellung](#), was im Sinne der Erfahrung durchaus sinnvoll ist. Ihre Mobilität muss also geregelt werden und zwar in einer Weise, die möglichst unbürokratisch ist und Mobilitätsschranken abbaut. Das geschieht durch die [Personenfreizügigkeit](#), über die ja auch die unterschiedlichen nationalen Sozialsysteme koordiniert sind und die Anerkennung von Berufsabschlüssen geregelt ist. Ohne Personenfreizügigkeit wären die Jugend- und Bildungsprogramme der EU in dieser Form gar nicht möglich. Und der Jugend- und Studentenaustausch wiederum bereitet in den Köpfen junger Menschen nicht nur den Weg für einen wirklich grenzenlosen europäischen Arbeitsmarkt und die Freizügigkeit für Selbstständige und Unternehmen vor, sondern auch eine europäische Identität, die Grundlage für das Europa von morgen ist.

Die Teilnahme der Schweiz an der Personenfreizügigkeit über "bilaterale" Verträge ist eine Erfolgsgeschichte. Ebenso übrigens die Teilnahme am [europäischen Forschungsrahmenprogramm](#), bei dem Schweizer Universitäten und KMUs dank der hohen Qualität ihrer Forschung in den letzten Jahren mehr Fördergelder bezogen haben als die Schweiz an Beiträgen eingezahlt hat. Und eine Erfolgsgeschichte verspricht die Teilnahme an den Programmen Bildung und Jugend zu werden – um nur einige Sektoren der Zusammenarbeit zu nennen.

Trotzdem ist in den letzten Monaten das Wort von den "Grenzen des Bilateralismus" lauter geworden. Sie kennen vermutlich die [Entschliessung des Rates der EU](#) vom vergangenen Dezember dazu, die letzte Woche von den [Präsidenten der Kommission Barroso und des Rates van Rompuy](#) gegenüber Bundespräsidentin Calmy-Rey bekräftigt wurde. Zuvor hatte im September auch das [europäische Parlament](#) in einer Resolution Probleme bei der (sektoriellen) Realisierung des Binnenmarktes im Verhältnis mit der Schweiz festgestellt.

Lassen sie mich zum Schluss deshalb kurz auf diese aktuellen Diskussionen kommen und erklären, worum es geht.

Nach der knappen Ablehnung des EWR durch das Schweizer Volk 1992 hat die EU der Schweiz die Hand gereicht und durch ein im Laufe der Zeit immer komplexeres System dutzender sektorieller, "bilateraler", internationaler Abkommen der Schweiz die selektive

Teilnahme am Binnenmarkt ermöglicht. Der [Binnenmarkt ist das Herzstück der Europäischen Union](#). Normalerweise ist eine Teilnahme den Mitgliedern der EU und des EWR vorbehalten. Die Abkommen, welche die Teilnahme der Schweiz an Teilen des europäischen Binnenmarktes regeln, stehen im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion. Der Kernsatz des Binnenmarktes lautet "gleiches Recht für alle", also die rechtliche Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer, Unternehmen, Arbeitnehmer, Konsumenten etc., ungeachtet ihrer Nationalität. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen ihnen zu schaffen und beizubehalten, ist es unerlässlich, dass in jenen Sektoren, in denen die Schweiz am Binnenmarkt teilnimmt, in der Schweiz die gleichen Regeln gelten wie in der EU und auch auf die selbe Weise angewendet werden wie in der EU.

Die aktuellen Abkommen mit der Schweiz widerspiegeln aber die rechtliche Situation zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung – eine im normalen Leben ungewöhnliche Fiktion, dass die Zeit stillsteht, auch wenn sich das mancher von uns zuweilen wünscht! Obwohl die Verträge im Allgemeinen überarbeitet werden können, um die relevanten Entwicklungen der EU Gesetzgebung nach zu vollziehen, sehen sie kein verbindliches Verfahren vor, um sicherzustellen, dass die Rechtsanpassung tatsächlich und zügig erfolgt. Die Rechtsprechung des [Europäischen Gerichtshofes](#), die für den Binnenmarkt sehr wichtig ist - Stichwort [Cassis-de-Dijon Prinzip](#), das vom EuGH entwickelt wurde -, wird von der Schweiz ebenfalls nur bis zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses akzeptiert. Wir sind wieder in der Zeitmaschine. Weiters gibt es im Falle von Uneinigkeit über Interpretation und korrekte Anwendung der Abkommen keine übergeordnete supranationale Gerichtsbarkeit oder andere verbindliche und effiziente Verfahren der Streitbeilegung. Diplomatische Verhandlungen, oft begleitet von politischem Getöse, ziehen sich oft erfolglos über Jahre hin und schaffen Rechtsunsicherheit zum Nachteil aller Beteiligten – die kantonalen Steuerregime lassen grüssen. In der Öffentlichkeit entsteht so der falsche Eindruck einer konfliktreichen Beziehung.

Was die EU unter dem Stichwort einer "Dynamisierung des Bilateralismus" fordert, ist, dass in jenen Bereichen des Binnenmarktes, in denen die Schweiz teilnimmt und ihre Teilnahme sogar ausbauen will, eine zeitgerechte Übernahme der neuen relevanten EU-Gesetzgebung in den Abkommen sichergestellt wird - ich betone: in jenen Abkommen, die die Teilnahme am Binnenmarkt betreffen, und nicht in allen Bereichen unserer Beziehungen, wie oft fälschlich behauptet wird. Übertragen auf die Schweiz müssen Sie sich vorstellen, wie die übrigen Kantone reagieren würden, wenn ein Kanton Bundesrecht nicht oder nur verspätet oder nur selektiv übernehmen würde, aber dennoch am Schweizer Binnenmarkt gleichberechtigt mitmachen möchte.

Die EU will der Schweiz nichts aufzwingen. Die Teilnahme am Binnenmarkt ist freiwillig, und es liegt an der Schweiz, Vorschläge zu unterbreiten wie in jenen Bereichen, an denen sie teilnimmt und weiter teilzunehmen wünscht, die Kohärenz und Homogenität des Rechts gewahrt werden kann. Wir haben die Lage gemeinsam analysiert, vier Problembereiche definiert und warten jetzt auf Vorschläge, wie diese Probleme aus Schweizer Sicht gelöst werden können. Es ist uns bewusst, dass dies für die Schweiz keine einfache Aufgabe ist.

Die Verabsolutierung der nationalen Souveränität ist ein Hemmschuh für grenzüberschreitende, regionale und auch supranationale Lösungen, die heute oft die einzig wirksamen sind, Stichworte sind Umwelt, Migration, Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus... Es gibt auf der gesamten Welt keinen absolut souveränen Staat – das gilt auch für die militärische Supermacht USA. Sie ist wirtschaftlich mit dem Rest der Welt verflochten, China ist ihr grösster Kreditgeber und den Klimawandel kann sie auch nicht alleine bekämpfen...

Mehr als anderswo in der Welt ist im europäischen Kontext die nationale Souveränität nicht mehr die Währung, das Wechselgeld der Politik. Vielmehr zählen heute Offenheit, Vernetzung mit gleichgesinnten Partnerstaaten, Zusammenlegen von Souveränität, Teilnahme an supranationalen Entscheidungsprozessen, dies umso mehr, wenn man von den gefällten Entscheidungen ohnehin betroffen ist. Dies alles natürlich auf das Risiko hin, nicht mehr alles und jedes alleine kontrollieren zu können, was Mehrheitsentscheidungen so an sich haben. Die Teilnahme am europäischen Integrationsprozess, in welcher Form auch immer, ist ein Wagnis. Es gehört Mut dazu und die Bereitschaft, über den eigenen Schatten zu springen.

Kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: Familie Europa ist überall! Die meisten von Ihnen gehören dazu, sei es weil sie aus beruflichen Gründen in die Zentralschweiz gezogen sind, aus dem Ausland oder mit dem Ausland Geschäfte machen, als Unionsbürger oder Drittstaatenangehöriger mit einem Schweizer oder eine Schweizerin liiert sind oder umgekehrt, oder einfach weil sie sich als Zentral- und Urschweizer oder -Schweizerin für mehr als nur ihren eigenen Kanton und ihr eigenes Land interessieren. Sie verkörpern den Geist von "Familie Europa", weil sie mit ihrer Öffnung gegenüber Anderem und Neuem - einer anderen Kultur, anderen Geschäftspraktiken, anderen Menschen - ein Wagnis eingegangen sind. Und ich bin sicher, die allermeisten von Ihnen haben daraus viel gewonnen!

Ich gratuliere zum [Swiss International Club Luzern!](#)